



Medienkonferenz vom 17. Mai 2011

Nein zur Mediensteuer: „Bye Bye Billag!“

von Francisca Brechbühler, Initiantin „Bye Bye Billag“, Zürich

Die Radio- und Fernseh-Gebühren sollen ab 2015 zur Mediensteuer werden. Das heisst: Jeder Haushalt und jedes Unternehmen ist künftig gebührenpflichtig, unabhängig davon ob die Programme konsumiert oder werden oder ob überhaupt ein Empfangsgerät vorhanden ist. Dies lehnen wir ab.

Mit der Ausweitung der Zahlungspflicht auf Internet und Smartphones im September 2008 wurde der Schritt von der Zwangsgebühr zur Mediensteuer bereits eingeleitet. Das BAKOM klassierte multi-funktionale Geräte als Empfangsgeräte, obschon deren primärer Gebrauch nicht dem Konsumieren von Radio- und Fernsehprogrammen dient. Nur sind vor allem bei den jüngeren Schweizer Bürgern Internet und Smartphone weitaus verbreiteter als angemeldete Radio- oder TV-Empfangsgeräte. Dies zeigt, wie lukrativ die Erweiterung der Gebührenpflichtigen für die Billag ist.

Bye Bye Billag

Aus Protest gegen diese neue Regelung und die daraus entstandenen „Zwangsgebühren“ gründete ich mit Michael Caviglia die Facebook-Gruppe „Bye Bye Billag“ mit dem Ziel, eine Volksinitiative für sozialverträgliche Gebühren und die Ablösung der Billag durch ein transparentes, kosteneffektives Inkassosystem zu lancieren. Wir waren zwei politisch unerfahrene Parteilose, aber wir sahen bald: Dies ist keine parteipolitische Frage. Die Unzufriedenheit mit den SRG-Programmen, aber auch mit der Billag geht über die Parteigrenzen hinaus. Die Zustimmung aus der Bevölkerung war überwältigend: In wenigen Wochen verzeichneten wir über 30'000 Facebook-Mitglieder. Eine mediale Flutwelle folgte, welche auch auf politischer Ebene wichtige Diskussionen auslöste. Das Projekt der Volksinitiative mussten wir allerdings aufschieben, da uns die finanziellen und personellen Mittel fehlten, um die ganze Administration und die Beglaubigung der Unterschriften sicherstellen zu können.

In Natalie Rickli und Gregor Rutz fand ich Medienexperten, die ebenfalls gegen die hohen Gebühren, den immer weiter gefassten „service public“-Auftrag und das Gebaren der Billag kämpften. Ein Zusammenschluss war die logische Folge. So entstand die Gebührenmonster-Petition „Radio- und Fernsehgebühren: 200 Franken sind genug“, welche Natalie Rickli und ich im Januar 2011 lancierten.

Was ist Service Public?

Nach unserem Verständnis liegt der Auftrag des „service public“ darin, Programme und Angebote zu gewährleisten, die Privatfirmen nicht übernehmen können. Mittlerweile besteht das SRG-Angebot jedoch aus 18 Radio- und 8 TV-Sendern und wird auch Online laufend ausgedehnt!



Es kann nicht im Sinne des „service public“-Auftrags sein, dass die SRG mit einer Fülle von Unterhaltungssendungen, Spartenprogrammen und Online-Angeboten die Privatmedien konkurrenziert - und das Volk diesen Verdrängungskampf auch noch unfreiwillig mit einer „versteckten Steuer“ finanzieren muss!

Besonders stossend ist, dass nebst den hohen Gebühren auch das Werbevolumen sukzessive erhöht wurde (Verhältnis Gebühren/Werbung: etwa 70/30). So werden wiederum die privaten Anbieter konkurrenziert, und die Bürger müssen nebst den Zwangsgebühren auch die erhöhte Werbezeit ohne Einspruchsmöglichkeit in Kauf nehmen. Denn weder zum Angebot noch zu der Höhe der Gebühr kann sich das Volk einbringen, da diese allein vom Bundesrat bestimmt werden.

Kann die Mediensteuer noch verhindert werden?

Ob wir die TV- und Radio-Programme konsumieren und die entsprechende Gebühr entrichten wollen, sollen wir ab 2015 nicht mehr frei entscheiden können. Dabei wird eine Gebühr per Definition für eine Dienstleistung erhoben, welche Bürger beziehen – oder eben auch bewusst darauf verzichten – können. Der Unterschied zwischen Gebühr und Steuer liegt also in der freien Wahl.

Mit dem geplanten Systemwechsel ab 2015 können wir also von einer eigentlichen „Mediensteuer“ sprechen, denn Möglichkeiten für eine Gebührenpflichtbefreiung soll es keine mehr geben. Dabei gibt es einige Tausend Leute in unserem Land, die bewusst auf Fernsehen und/oder Radio verzichten. Es ist nicht fair, wenn diese dafür Gebühren zahlen müssen! Ich bin froh, dass sich Natalie Rickli im Parlament gegen diese Pläne wehrt und diejenigen Personen entlasten will, welche weder Fernseh- noch Radioprogramme konsumieren.

Festhalten an der Billag ist unverständlich

Trotzdem hält der Bundesrat vorerst am Inkasso durch die 100% Swisscom-Tochtergesellschaft Billag fest, welche mit dem Eintreiben von Gebühren Gewinne in Millionenhöhe erwirtschaftet. Für mich ist dies nicht nur ein Affront, sondern auch ein Widerspruch in sich, denn Steuern dürfen nicht von gewinnorientierten Privatfirmen eingezogen werden. Es gäbe mit Sicherheit wesentlich günstigere Varianten für das Inkasso. Der Einzug zusammen mit der Steuerrechnung wäre nur eine Möglichkeit.

Die Petition „200 Franken sind genug“ belegt mit über 143'000 Unterschriften eindrücklich, dass die Schweizer Bürger nicht weiter bereit sind, die europaweit höchste Gebühr für einen aufgeblasenen „service public“ zu entrichten und die ungebremste Programmweiterung sowie erhöhtes Werbevolumen stillschweigend zu akzeptieren. Auch verstehen die Leute nicht, dass mit unseren Gebühren die Inkasso-Stelle Billag 57 Mio. Franken erhält, um uns die Rechnungen ins Haus zu schicken.

Sollte der Systemwechsel im 2015 umgesetzt werden, so sind wir nicht bereit, mehr als 200 Franken pro Haushalt für den „service public“ zu entrichten. Wir fordern: Stop dem Gebührenwahn und dem Gebührenmonster!